LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die 152. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

am 23. September 2026

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 (Haushaltsgesetz 2027/2028 - HG 2027/2028)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/11240 neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2026 bis 2030**

Unterrichtung - Drs. 19/11406

Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

dazu: **Vorlage 333** (MW)

Vorstellung durch den Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen 3

Allgemeine Aussprache 14

Einzelberatung 26

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Dr. h. c. Björn Thümler (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Jan-Philipp Beck (SPD)
3. Abg. Jörn Domeier (SPD)
4. Abg. Dr. Dörte Liebetruth (SPD)
5. Abg. Philipp Meyn (i. V. des Abg. Björn Meyer) (SPD)
6. Abg. Andrea Prell (i. V. des Abg. René Kopka) (SPD)
7. Abg. Sabine Tippelt (i. V. des Abg. Markus Brinkmann) (SPD)
8. Abg. Reinhold Hilbers (i. V. der Abg. Melanie Reinecke) (CDU)
9. Abg. Claus Seebeck (CDU)
10. Abg. Dr. Andreas Hoffmann (GRÜNE)
11. Abg. Pippa Schneider (GRÜNE)
12. Abg. Jessica Schülke (i. V. des Abg. Peer Lilienthal) (AfD)

Von der Landesregierung:

Minister Tonne (MW).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Armbrecht.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Schröder, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 14:10 Uhr bis 15:51 Uhr.

Tagesordnung:

a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 (Haushaltsgesetz 2027/2028 - HG 2027/2028)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/11240 neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2026 bis 2030**

Unterrichtung - Drs. 19/11406

Zu a) erste Beratung: 96. Plenarsitzung am 09.09.2026
federführend: AfHuF
mitberatend: ständige Ausschüsse und Unterausschüsse

Zu b) gemäß § 62 Abs. 1 GO LT überwiesen am 26.08.2026
federführend: AfHuF
mitberatend: ständige Ausschüsse und Unterausschüsse

Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

dazu: ***Vorlage 333***

Parlamentarische Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2027/2028, Strukturdaten und Übersichten zum Einzelplan 08

Schreiben des MW vom 31.08.2026
Az.: 11 - 0 40 21/2027/2028

Vorstellung durch den Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

Minister **Tonne** (MW): Einer guten Tradition folgend, beginne ich die Vorstellung des Einzelplans 08 des Haushaltsplanentwurfs 2027/2028 mit einem Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Lage, wie sie sich aus unserer Sicht darstellt. Diese aktuelle Lage ist maßgebend für alles das, was im Einzelplan veranschlagt ist.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und somit auch in Niedersachsen ist weiterhin maßgeblich durch diverse Auswirkungen, auf die wir nur sehr begrenzten Einfluss haben, belastet. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine findet nach wie vor statt. Damit einher gehen hohe - zu hohe - Energiepreise. Hinzu kommt eine protektionistische Handelspolitik der USA mit nahezu täglich neuen irrationalen Handlungen, die immer wieder Auswirkungen auf die Wirtschaft, auf Lieferketten und auf Zutrauen haben.

Für Deutschland kommt hinzu, dass die Exporte zwar jüngst wieder angestiegen sind, aber insgesamt zu schwach sind, und ein steigender Wettbewerbsdruck aus China zu verspüren ist. Wer in der letzten Woche die IAA Transportation besucht hat, konnte sich dort von Chinas eindrucksvollem Auftritt überzeugen. Das, was dort präsentiert worden ist, war wirklich gewaltig. Hinzu kommen die in Deutschland nach wie vor zu hohen Produktionskosten. Auch nach zwei Rezessionsjahren wächst die deutsche Wirtschaft kaum und einfach zu wenig. Der starke Anstieg der Ölpreise, den wir zum wiederholten Male erleben müssen, schmälert die Kaufkraft der Haushalte zusätzlich, er dämpft Konsum und auch Investitionen.

Der Sachverständigenrat erwartet für Deutschland ein BIP-Wachstum von 0,5 % im Jahre 2026 - die Sachverständigen sind sich gerade nicht sicher, ob sie ihre Prognose etwas anheben wollen - und von 0,8 % im Jahre 2027.

Gleichzeitig bleibt auch die Inflation erhöht. Die Inflationsrate wird im August voraussichtlich bei 2,9 % liegen. Damit steigen nach dem Ende des Tankrabatts und dem Anstieg des Ölpreises auch die Verbraucherpreise wieder deutlich an.

Ein weiteres Risiko, das wir insbesondere im Bereich der Industrie nach wie vor sehr deutlich spüren, ist die völlig unklare Lage im Nahen Osten mit den damit verbundenen Fragen rund um den Fortgang des Irankriegs.

Trotz alledem - das ist das, was uns wirklich erfreut - gibt es auch gute Nachrichten. Die Stimmung unter den Unternehmen in Deutschland hat sich verbessert. Der Geschäftsklimaindex ist zwischen Juni und August um zwei Punkte angestiegen. Die Firmen bewerten ihre aktuelle Lage besser. Jetzt gilt es, daraus einen verlässlichen Trend zu machen.

In Niedersachsen ist die Wirtschaftsleistung im Jahre 2025 leicht gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg real um 0,7 % und damit übrigens erfreulicherweise stärker als im Bundesdurchschnitt, der bei 0,2 % liegt. Nominal erhöhte sich das BIP um 3,7 % auf rund 399 Mrd. Euro. Ich nenne diese Zahlen nicht, um damit die Botschaft zu übermitteln, dass wir uns erfreut zurücklehnen, sondern wir wollen sie als Ansporn nehmen in Bezug auf die Frage, wieviel mehr noch möglich ist und wie wir das schaffen können.

Die Inflationsrate in Niedersachsen liegt im August des Jahres 2026 deckungsgleich mit der im Bund bei 2,9 %.

Uns bereitet nach wie vor große Sorge, dass unsere Industrie in vielfältiger Weise unter wirklich enormem Druck steht. Es gilt, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die Rahmenbedingungen für die Industrie zu verbessern. Nur so können wir auf der einen Seite Arbeitsplätze sichern und auf der anderen Seite Chancen nutzen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Lassen Sie mich unsere Bemühungen am Beispiel von drei Branchen skizzieren.

Erstens. Wir sind ein wichtiges Stahlland. Deswegen freuen wir uns, dass wir am 16. November dieses Jahres Veranstalter und Gastgeber des Nationalen Stahlgipfels in Salzgitter sind. Es ist gut, dass sowohl die Stahlländer als auch die Bundesregierung gegenüber Brüssel mit einer Stimme sprechen. Das ist absolut essenziell, um notwendige, wichtige Schutzinstrumente gegen Dumpingwettbewerb zu implementieren. Wir müssen darauf weiterhin einen sehr genauen Blick haben. Ich freue mich, dass die Bundeswirtschaftsministerin auf dem Stahlgipfel genauso

anwesend sein wird wie die Ministerpräsidenten von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie zahlreiche Wirtschaftsministerinnen und Wirtschaftsminister der Länder, denn wir müssen auch in dieser Sache weiterhin sehr klar Akzente setzen.

Die Reaktionen der EU - die Schutzmöglichkeiten auch für die Stahlindustrie hier in Niedersachsen - müssen fortlaufend beobachtet und neu angepasst werden. Dieses Erfordernis ist übrigens auch in Bezug auf den Aspekt, wie schnell China bei Umstellungen reagiert, recht gut zu beobachten: In dem Moment, in dem Zölle auf gewalzten Stahl eingeführt worden sind, wurde in China der gewalzte Stahl einfach zu Monopiles gebogen und dann wieder bei uns eingeführt, ohne dass dafür Zölle erhoben werden konnten. Wir müssen auf solche Aktionen deutlich schneller reagieren, um unsere heimische Industrie zu schützen.

Zweitens. Niedersachsen ist ein wichtiger Standort der chemischen Industrie. Deswegen kämpfen wir auch in diesem Bereich sehr intensiv für bessere Rahmenbedingungen, die nötig sind, und für weniger unnötige Regulierungen. Gleichzeitig machen wir uns für einen schlicht und ergreifend realistischen Transformationspfad beim Emissionshandel stark. Pläne müssen regelmäßig daraufhin überprüft werden, ob sie sich in der Realität noch umsetzen lassen. Die infolge der Irankrise noch einmal stark gestiegenen Energiekosten machen der Branche erheblich zu schaffen.

Die Transformation zu klimaneutralen Produktionsverfahren, zu denen die Unternehmen wirklich unisono bereit sind, kann nur gelingen, wenn die Unternehmen schlicht und ergreifend wieder Geld verdienen. Das bedeutet mit Blick auf den Bund, dass die Chemie-Agenda deutlich schneller und konsequenter umgesetzt werden muss.

Drittens. Wir halten Kurs bei den erneuerbaren Energien. Es darf beim Offshore-Ausbau keinen Fadenriss geben. Wir haben in Niedersachsen bei erneuerbaren Energien an anderer Stelle die Erfahrung gemacht, was passiert, wenn in Bezug auf die Frage, wie es weitergehen soll, zu zögerlich gehandelt wird. Wir haben hier eine starke Industrie - eine Industrie, die bereit ist, weiterhin Arbeitsplätze zu schaffen -, aber diese Industrie will Verlässlichkeit auch in Bezug auf die Rahmenbedingungen. Sie gilt es zu gewährleisten. Wir brauchen dafür klare Signale des Bundes. Zudem brauchen wir schlicht und ergreifend Ordnung bei den Neuanschlussbegehren von Unternehmen. Es kann nicht sein, dass - nur auf dem Papier existierende - Batteriespeicherprojekte den Anschluss von Neuansiedlungen blockieren. Auch hier müssen wir vorankommen.

Last but not least nenne ich den ganzen Bereich Automotive. Wir sind Autoland und wir wollen es auch bleiben. VW und Niedersachsen gehören zusammen. Wir sehen, dass Volkswagen vor dem umfassendsten Umbau seiner Geschichte steht. Wir begrüßen die Einigung im Aufsichtsrat von Volkswagen. Ich glaube, dass das ein wirklich großer Erfolg war, zu dem auch der Ministerpräsident und die stellvertretende Ministerpräsidentin ganz erheblich beigetragen haben. Es ist jetzt Aufgabe des Konzernvorstandes, zu liefern - auch für die Standorte, die hier in Rede stehen.

Wir sind gewillt, die weitere Entwicklung des Konzerns - auch an den Standorten - sehr eng zu begleiten. Die Aufgabe, für eine weitere Geschäftsentwicklung am Standort Osnabrück zu sorgen, wurde dem Konzernvorstand schon einmal gestellt, ohne dass wir erkennen können, dass er ihr mit der entsprechenden Dringlichkeit nachgegangen ist. Es gibt jetzt dankenswerterweise eine Perspektive für den Standort Osnabrück. Staatskanzlei, Finanzministerium und Wirtschaftsministerium haben entschlossen zusammengearbeitet, um die bestmöglichen Perspektiven für

die Belegschaft, für die Stadt, aber auch für die Region zu schaffen. Ich glaube, dabei sind wir auf einem guten Weg.

Die Landesregierung ist, wie ich an diesem Beispiel geschildert habe, bereit, Verantwortung auch in finanziellem Sinne zu übernehmen, um ihren Beitrag zu leisten. Das ist jüngst am Beispiel der Unterstützung der Meyer-Werft deutlich geworden. Das Thema Meyer-Werft ist gerade wieder aktuell. Es ist richtig gewesen, dass dort in der Vergangenheit sehr energisch eingegriffen wurde, um Arbeitsplätze und eine Industriebranche zu sichern.

Für die Jahre 2027 und 2028 werden wir den Vorsitz der Wirtschaftsministerkonferenz übernehmen. Das bedeutet auf der einen Seite viel Arbeit, auf der anderen Seite allerdings auch viele Möglichkeiten, die für uns relevanten wirtschaftspolitischen Themen auch auf Bundesebene noch viel stärker zu setzen.

Für 2027 werden wir den Schwerpunkt auf die Unterstützung der klassischen industriellen Zweige mit Blick auf die Erschließung neuer Märkte und die Wahrnehmung neuer Chancen setzen.

Meine Damen und Herren, nach dieser Einschätzung der wirtschaftlichen Lage wende ich mich nun den daraus im vorliegenden Haushaltsplanentwurf - einem Doppelhaushalt - abzuleitenden Schwerpunkten zu. Wir haben den Fokus ganz bewusst auf die benötigten Investitionen gerichtet: Investitionen in den Wirtschaftsstandort, Investitionen in unsere Infrastruktur und damit auch Investitionen in die Zukunft von Niedersachsen.

Der Entwurf des Haushaltsplans sieht im Einzelplan 08 für das Jahr 2027 Ausgaben in Höhe von 3,79 Mrd. Euro und für das Jahr 2028 Ausgaben in Höhe von 3,94 Mrd. Euro vor.

Was heißt das konkret? Sie sind heute Morgen alle mit dem Auto auf der Straße oder mit der Bahn auf der Schiene zu dieser Ausschusssitzung angereist. Damit sind ganz wesentliche Bereiche von Infrastruktur genannt. Wir können meines Erachtens mit diesem Haushalt sehr gut belegen, dass wir in diese Infrastruktur massiv investieren.

Der Haushaltsentwurf sieht eine Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs in einer Dimension vor, wie es sie seit vielen Jahren nicht gegeben hat. Das muss auch sein, denn die Rahmenbedingungen sind wirklich anspruchsvoll. Personal, Energie, Fahrzeuge: Alles ist deutlich teurer geworden. Gleichzeitig kostet die Umstellung auf neue Antriebe viel Geld. Wir haben ein klares Ziel: Busse und Bahnen müssen auch unter diesen Bedingungen zuverlässig fahren. Uns ist völlig klar, dass das ein hehres Ziel ist. Trotzdem gilt es, sich dieses Ziel immer wieder von Neuem zu setzen.

Ich konnte Ihnen im vergangenen Jahr an dieser Stelle drei Bausteine für die Sicherung des ÖPNV und des SPNV vorstellen: erstens die Kapitaldienstgarantie über 500 Mio. Euro für die Beschaffung von BEMU-Fahrzeugen, zweitens 200 Mio. Euro Barmittel über den Nachtrag 2025 für weitere Fahrzeugbeschaffungen und drittens die Bereitstellung von 300 Mio. Euro aus dem Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität für den SPNV. Wir haben dafür also in Summe 1 Mrd. Euro bereitgestellt. Die Herausforderung ist: Es sind Einmalbeträge.

Mit dem Doppelhaushalt 2027/2028 können wir jetzt weitergehen und Ansätze für den gesamten Mipla-Zeitraum veranschlagen. Das heißt, wir investieren ab 2027 dauerhaft deutlich mehr niedersächsisches Geld in den ÖPNV und den SPNV. Zusätzlich stehen rund 171 Mio. Euro an

originären Landesmitteln zur Verfügung. Je Einwohnerin und Einwohner investiert das Land damit rund 48 Euro für ÖPNV und SPNV. Bei der letzten Auswertung, die es dazu gegeben hat, lag dieser Wert bei 15 Euro. Sie kennen alle die Debatten der vergangenen Jahre, in denen immer wieder versucht worden ist, Vergleiche anzustellen - mit all den Unschärfen, die dazugehören. Ich glaube, wir können jetzt sehr selbstbewusst sagen: Wir haben den Einsatz der Landesmittel innerhalb von fünf Jahren mehr als verdreifacht. Was dort gelungen ist, ist wirklich ein großartiger, aber auch ein notwendiger Erfolg. Damit haben wir ein klares Signal setzen können.

Die einzelnen Bausteine sehen wie folgt aus:

103 Mio. Euro entfallen auf die Finanzhilfe für den Ausbildungsverkehr. Seit 2005 hat Niedersachsen diese Aufgabe vollständig aus den Regionalisierungsmitteln des Bundes finanziert. Das war immer wieder Gegenstand von Kritik. Ab 2027 übernimmt die Landesregierung die Finanzierung dann wieder aus Landesmitteln.

Hinzu kommen jährlich 48 Mio. Euro für absehbare zusätzliche Belastungen durch die gestiegenen Trassenpreise im SPNV. Auch die Debatte, die dazu geführt wird, kennen Sie hinlänglich. Wir stellen damit sicher, dass die Aufgabenträger handlungsfähig bleiben.

Ich will an dieser Stelle allerdings auch noch einmal Folgendes deutlich betonen: Die auskömmliche Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs bleibt eine Aufgabe des Bundes! Niedersachsen setzt sich deshalb gemeinsam mit den anderen Ländern weiterhin für eine verlässliche Lösung durch den Bund ein. Das gilt politisch wie rechtlich. Weil wir die Debatte dazu auch im Wirtschaftsausschuss führen, will ich betonen, dass es uns mit Blick auf ungewisse Entwicklungen auf Bundesebene wichtig war, mit diesem Vorschlag Verlässlichkeit zu erzeugen und Unsicherheit und Unklarheit wegen eines ungewissen zeitlichen Ausgangs des Verfahrens zu vermeiden.

Diese Verlässlichkeit gilt verstärkt auch für den kommunalen ÖPNV. Wir haben im Jahre 2026 dank der Initiative der regierungstragenden Fraktionen die Verwaltungskostenpauschale für die kommunalen Aufgabenträger um 10 Mio. Euro erhöht. Es ist jetzt gelungen, diese Erhöhung ab 2027 dauerhaft fortzuführen und in einem zweiten Schritt weitere 10 Mio. Euro als neue Finanzhilfe zur Verfügung zu stellen. Den kommunalen Aufgabenträgern stehen damit jedes Jahr 20 Mio. Euro mehr zur Verfügung. Wir haben damit unsere Zusage eingelöst. So etwas kann man nicht hinbekommen, indem man einfach den Schalter umlegt, sondern muss Schritt für Schritt weiterentwickelt werden. Diese Entwicklung findet statt, sodass wir auch dort mit Blick auf die größten Sorgen und Nöte für Abhilfe sorgen können. Wir sorgen nicht nur finanziell für Abhilfe, sondern verbinden die zusätzlichen Mittel auch mit einem Weniger an Bürokratie. Für die neue Finanzhilfe reicht eine jährliche Bestätigung über die Verwendung aus. Auch das Verfahren ist somit deutlich einfacher geworden.

Ein weiterer, sehr bedeutsamer Punkt in diesem Haushaltskapitel ist die Förderung des Deutschlandtickets. 14,5 Mio. Menschen nutzen das Deutschlandticket inzwischen bundesweit. Das ist wirklich ein immenser Erfolg, der auch den Stellenwert zeigt, den das Deutschlandticket hat. Wir wollen das Deutschlandticket auf eine gesetzliche Grundlage stellen. Die Aufgabenträger werden durch eine Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes auf der einen Seite zur Umsetzung des Deutschlandtickets verpflichtet, im Gegenzug erhalten sie einen Rechtsanspruch auf den Ausgleich der ihnen dadurch entstehenden finanziellen Nachteile. In den vergangenen

Jahren haben sich die Aufgabenträger der Einhaltung ihrer Verpflichtungen nur durch den Austausch von Briefen versichert. Jetzt werden diese Verpflichtungen also auf eine gesetzliche und somit rechtlich einwandfreie Grundlage gestellt.

Wir investieren in den nächsten Jahren insgesamt weitere 300 Mio. Euro aus dem Länderanteil am Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität in die Beschaffung von Fahrzeugen und in den Um- und Ausbau von Bahninfrastruktur. Ganz konkret fließen diese Mittel in die Reaktivierungen der Strecken Soltau–Lüneburg und Bremervörde–Stade, in die Elektrifizierung der Schienenstrecke zwischen Braunschweig und Gifhorn und im Teilnetz Nordharz. Wir investieren in die Schieneninfrastruktur zwischen Uelzen und Winsen, in die Strecke Lüneburg–Dannenberg und in den Ausbau der Bahnsteige in Groß Düngen und Hildesheim Ost. Auch die Huntebrücke in Elsfleth ist Teil dieses umfangreichen Investitionsprogramms, das im Kapitel 0895, Titelgruppe 62 abgebildet ist.

Mein Fazit dazu ist: Die zusätzlichen Mittel sind ein wirklich gutes Ergebnis für den öffentlichen Nahverkehr: 171 Mio. Euro an reinen Landesmitteln jährlich mehr, einmalig 300 Mio. Euro! Das ist das umfangreichste Finanzierungspaket für den niedersächsischen Nahverkehr in der Geschichte Niedersachsens.

Meine Damen und Herren, ein anderer wichtiger Teil der Verkehrsinfrastruktur sind die Landesstraßen im Umfang von 8 200 km mit 2 100 Brücken und 4 800 km Radwegen. Das sind auf der einen Seite beeindruckende Zahlen, auf der anderen Seite machen beeindruckende Zahlen immer wieder deutlich, welche enormen Herausforderungen der Erhalt und die Sanierung dieser Verkehrsinfrastruktur für ein Flächenland wie Niedersachsen sind. Aber auch diese Aufgabe wird nicht nur intensiv, sondern auch strukturiert von uns angegangen.

Der Haushaltsplanentwurf sieht im Kapitel 0820, Titelgruppe 63 sowohl für das Jahr 2027 als auch für das Jahr 2028 wieder jeweils 114,3 Mio. Euro im Straßenbauplafond vor, und zwar ungekürzt und auch zusätzlich zu den Investitionsmitteln für den Straßenbau, die wir aus dem Länderanteil des Sondervermögens zur Verfügung stellen.

Die Haushaltsmittel aus dem Sondervermögen des Bundes, veranschlagt im Kapitel 0895, Titelgruppe 61, und die Landesmittel aus dem Straßenbauplafond ermöglichen einen Investitionshochlauf bei den Landesstraßen und beim Brückenbau. Wir investieren damit im Mehrjahresprogramm 2027 bis 2029 rund eine halbe Milliarde Euro in die Landesstraßeninfrastruktur. Das ist eine echte Investitionsoffensive. Sie gelingt aber nur durch eine enge Zusammenarbeit aller beteiligten Akteurinnen und Akteure. Ich verweise an dieser Stelle noch einmal gerne auf die mit dem Baugewerbe-Verband Niedersachsen, der Bauindustrie Niedersachsen-Bremen, der Ingenieurkammer Niedersachsen und der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) unterzeichnete Charta für eine partnerschaftliche und effektive Zusammenarbeit im Straßenbau in Niedersachsen. Die Mittel, so wie wir sie auch der Höhe nach einsetzen, entsprechen dem, was Jahr für Jahr umgesetzt werden kann. Insofern sind diese Mittel nicht veranschlagt, um danach hin- und hergeschoben zu werden, sondern entsprechen dem, was nach Ansicht aller Beteiligten bei realistischer und seriöser Annahme verausgabt werden kann.

Ich will nicht verschweigen, dass der Hochlauf der Investitionen mit erheblichen organisatorischen und personellen Herausforderungen insbesondere für die NLStBV einhergeht. Ich freue mich daher besonders, dass es uns gelungen ist, die NLStBV für diesen Hochlauf personell zu

verstärken, und zwar um sieben Vollzeiteinheiten ab dem Jahr 2027 und um weitere sieben Vollzeiteinheiten ab dem Jahr 2028. Das macht in Summe 14 Vollzeiteinheiten für die Umsetzung des Sondervermögens Infrastruktur.

Wir werden aber trotzdem auch in Zukunft auf externe Unterstützung, also die Dienstleistungen Außenstehender, die sogenannten DILAU-Mittel, angewiesen sein. Hierzu zählen insbesondere Ingenieurbüros für Planungsleistungen, für Bauüberwachung und für Projektsteuerung, aber auch für Gutachten, für Vermessungsleistungen und sonstige fachliche Beratungen. Mit dem Haushaltsplanentwurf, der Ihnen vorliegt, wird der Ansatz für die DILAU-Mittel im Titel 537 10 für das Jahr 2027 um 3,7 Mio. Euro und für das Jahr 2028 sogar um 7,4 Mio. Euro auf dann 48,86 Mio. Euro erhöht.

Es bedarf aber naturgemäß nicht nur investiver Maßnahmen. Die vorhandene Infrastruktur muss funktionsfähig erhalten werden. Dafür ist ein personell auskömmlich ausgestatteter Betriebsdienst unumgänglich. Für das Jahr 2027 und für das Jahr 2028 wurden jeweils zehn weitere Stellen, also insgesamt 20 neue Stellen, geschaffen. Damit werden wir die Einsatzbereitschaft und vor allem auch die Reaktionsschnelligkeit bei Instandsetzungsmaßnahmen deutlich erhöhen. Übrigens konnte sich jeder von uns zu Beginn des Jahres, als wir für einen längeren Zeitraum mit einem ganz erheblichen Wintereinbruch zu kämpfen hatten, einen Eindruck davon verschaffen, wie wichtig es ist, dass der Betriebsdienst einsatzfähig ist.

Lassen Sie mich neben der Infrastruktur in Form von Schiene und Straße gerne auch einen Blick auf unsere Häfen werfen. Selbstverständlich investieren wir auch in den kommenden Jahren weiterhin konsequent in die Häfen und die dazugehörige Infrastruktur. Das ist etwas, was für Niedersachsen besonders wichtig ist.

Ich komme zunächst zum JadeWeserPort. Im Kapitel 0830, Titelgruppe 61 sind für den JadeWeserPort sowohl für das Haushaltsjahr 2027 als auch für das Haushaltsjahr 2028 Mittel in Höhe von 5,5 Mio. Euro veranschlagt. Damit hat Niedersachsen auch für die kommenden Jahre die haushalterische Vorsorge für den niedersächsischen Anteil an der Kapitalbereitstellung für die JadeWeserPort Realisierungs-GmbH und Co. KG getroffen. Sie alle wissen, dass Niedersachsen und Bremen den Containertiefwasserhafen gemeinsam betreiben.

Ich freue mich darüber, dass ich Ihnen verkünden kann, dass wir im Jahre 2025 einen Rekordumschlag erzielt haben: 1,5 Mio. TEU. Das Durchbrechen der Marke von 1,1 Mio. TEU ist das, worauf lange hingewirkt worden ist. Das ist jetzt gelungen. Für das Jahr 2026 erwarten wir einen noch höheren Umschlag. Ich finde, das ist eine sehr gute Zukunftsperspektive. Trotz der wirtschaftlich herausfordernden Rahmenbedingungen entwickelt sich der Umschlag wirklich sehr gut.

Kommen wir nun zu den rein niedersächsischen Häfen und damit folgerichtig auch zu NPorts. Der vorliegende Haushaltsplanentwurf schreibt für NPorts im Kapitel 0830, Titelgruppe 62 den Betrag von insgesamt 40 Mio. pro Jahr für Investitionen und auch als Zuschuss zu den Betriebskosten fort.

NPorts leistet einen entscheidenden Beitrag für die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen und damit übrigens auch die regionale Wirtschaft und weit über die Küstenregion hinaus. Das wollen wir nicht nur sichern, sondern auch weiterhin stärken.

Aus den laufenden Landesmitteln werden wichtige Hafenbau- und Hafenentwicklungsprojekte finanziert und vorangetrieben. Ich möchte beispielhaft nennen: Neubau der Liegeplätze 5 bis 7 in Cuxhaven, Modernisierung der großen Seeschleuse in Emden, Erneuerung des Hafens Wangerooge und Bau des Großschiffsliegeplatzes in Emden.

Über die Landesmittel hinaus stehen in den nächsten Jahren im Kapitel 0895, Titelgruppe 61 weitere Haushaltsmittel in Höhe von 113 Mio. Euro aus dem Länderanteil des Sondervermögens für Infrastruktur zur Verfügung. Dies hilft den Häfen bei der Bewältigung der erheblichen Herausforderungen, die sie haben, wie Energiewende, wirtschaftliche Transformation und steigende Anforderungen an die Verteidigungsfähigkeit. Alles, was dazugehört, führt zu deutlich wachsendem Investitionsbedarf.

Aber auch hier gilt: Mit den durch das Land zur Verfügung gestellten Mitteln allein werden diese Aufgaben auf Dauer nicht bewältigt werden können!

Die Investitionsbedarfe sind deutlich größer. Deswegen braucht es auf Bundesebene ein klareres Bewusstsein für die herausragende nationale Bedeutung unserer Seehäfen. Das ist keine lokale, keine regionale und auch keine Landesaufgabe im Sinne einer Beschäftigung, die man sich einfach so sucht, sondern das ist eine nationale Aufgabe, die dort wahrgenommen wird. Deswegen haben wir weiterhin die klare Erwartungshaltung, dass sich der Bund dauerhaft, verlässlich und angemessen an den Kosten beteiligt.

Wir bedauern, dass auf der Nationalen Maritimen Konferenz die Chance vertan worden ist, dazu ein deutlicheres Signal zu setzen. Der Hinweis, dass aus rechtlichen Erwägungen der Hafenlastenausgleich nicht mal eben so gestärkt werden könne, ist mittlerweile durch diverse Rechtsgutachten widerlegt. Wir werden auch in Zukunft weiter energisch streiten müssen, um hierfür entsprechende Mittel einzuwerben.

Ich komme zum Städte- und Wohnungsbau. Im Kapitel 0842 sind die Haushaltsmittel für die Städtebauförderung und für die Stadterneuerung ausgewiesen. Ich bin wirklich dankbar, dass es mit dem Haushaltsplanentwurf 2027/2028 gelungen ist, die vom Bund für die Jahresprogramme 2027/2028 in Aussicht gestellten Haushaltsmittel vollständig gegenzufinanzieren. Eine 1:1-Kofinanzierung ist zwingende Voraussetzung für den vollständigen Erhalt der Bundesmittel. Das ist hier gelungen und das ist wirklich viel wert. In Zahlen bedeutet es, dass wir für das Städtebauförderprogramm 2027 rund 110,8 Mio. Euro an Landesmitteln und für das Jahresförderprogramm 2028 sogar knapp 129,3 Mio. Euro an Landesmitteln bereitstellen. Das sind Werte, die bisher noch nie erreicht worden sind - die höchsten, die wir hier jemals miteinander veranschlagt haben -, sie sind aber auch ein sehr klares und sehr wichtiges Signal an die Kommunen, ein Signal für zukunftsfähige, für nachhaltige, für resiliente, aber auch für moderne Entwicklungen der Städte und Gemeinden. Das gilt insbesondere für den Erhalt von lebendigen und identitätsstiftenden Stadt- und Ortskernen, für Klimaschutzmaßnahmen, für bedarfsgerechte und zukunftsfähige Infrastrukturen. Überall dort setzen die Programme an. Die Städtebauprogramme unterstützen unsere Kommunen bei der aktiven Gestaltung einer sozialen, einer ökologischen und einer wirtschaftlichen Modernisierung. Darüber hinaus können wir immer wieder sehen, dass die Städtebauförderung eine enorme Hebelwirkung hat. Jeder Euro an Fördermitteln löst ein Vielfaches an privaten Investitionen aus. Wir wollen damit der Wirtschaft Stabilität und Verlässlichkeit verleihen. Die durch diese Fördermittel initiierten Investitionen kommen allzu häufig den

Unternehmen und Handwerksbetrieben vor Ort zugute und sind damit ein Hebel, um lokale Wirtschaft zu stärken.

Zur Wohnraumförderung. Die Sicherstellung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum ist eine der großen sozialen Aufgaben unserer Zeit. Das ist wirklich kein „nice-to-have“, sondern eine Anstrengung, die wir alle gemeinsam leisten müssen. Wir sehen, wie groß die Herausforderung ist. Wir sehen, es gibt keine „low-hanging-fruits“, die man eben mal schnell einkassieren kann. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir bei jeder sich bietenden Gelegenheit tätig werden.

Mit dem Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2027 und 2028 setzen wir daher auch hier einen klaren Schwerpunkt. Wir stärken den Wohnraum- und Wohnquartierförderfonds mit zusätzlichen Landesmitteln und schaffen damit auch dort die Voraussetzungen, um die auch auf Bundesebene erhöhten Mittel für den sozialen Wohnungsbau zielgerichtet und vollumfänglich zu nutzen. Dafür stellen wir im Jahre 2027 rund 19 Mio. Euro und im Jahre 2028 rund 31 Mio. Euro zusätzlich aus dem Landeshaushalt zur Verfügung. Wir reden dann darüber, dass der Landesanteil im Jahre 2027 auf 157 Mio. Euro und im Jahre 2028 auf 169 Mio. Euro steigt. Damit können wir Prioritäten setzen, was auch nötig ist, denn wir erkennen, dass die Idee, dass der Markt allein das Problem löst, nicht funktioniert. Das ist kein rein niedersächsisches Phänomen, das erleben wir überall. Es muss überall gegengesteuert werden. Damit haben wir mit insgesamt 466 Mio. Euro im Jahre 2027 und 543 Mio. Euro im Jahre 2028 eine wirklich starke Grundlage für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Damit senden wir das Signal aus, dass wir uns der Verantwortung bewusst sind und diese von uns auch wahrgenommen wird.

Ein weiterer Baustein ist die geplante Nutzung von Mitteln aus dem Länderanteil des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität. Daraus fließen insgesamt 200 Mio. Euro - 100 Mio. Euro im Jahre 2027 und 100 Mio. Euro im Jahre 2028 - als Zuschüsse in die soziale Wohnraumförderung. Damit werden Investitionen unmittelbar ermöglicht.

Mein Ziel ist dabei klar: Wir wollen mehr bauen, wir wollen schneller bauen und wir wollen bezahlbarer bauen. Deshalb haben wir die Förderbedingungen des Landes zum 1. Juli 2026 umfassend weiterentwickelt. Die neuen Wohnraumförderrichtlinien schaffen mehr Praxisnähe, reagieren auf die Realität steigender Baukosten und sorgen dafür, dass die Fördermittel dort ankommen, wo sie am dringendsten benötigt werden.

In diesem Kontext leistet auch die Wohnraum Niedersachsen GmbH einen bedeutenden Beitrag. Seit ihrer Gründung als landeseigene Wohnungsgesellschaft im Dezember 2023 hat sie in sehr kurzer Zeit eine wirklich solide Grundlage für die Beschaffung von bezahlbarem Wohnraum geschaffen. Der Aufsichtsrat der Wohnraum Niedersachsen hat die Übernahme von bisher 15 Wohnbauprojekten mit insgesamt 1 284 Wohneinheiten beschlossen. Davon sind sieben Projekte mit 590 Wohneinheiten beurkundet. Bei drei Wohnbauprojekten mit 200 Wohneinheiten ist der Spatenstich oder die Grundsteinlegung erfolgt. Die Quote für die soziale Wohnraumförderung liegt über alle 15 beschlossenen Projekte bei rund 93 %. Auch das ist ein wirklich sehr gutes Signal. Insgesamt zeigt sich, dass sich die Gesellschaft positiv entwickelt hat. Ich bin mir sicher, dass sich diese positive Entwicklung fortsetzt. Jede der Wohnungen, die dort gebaut werden, ist eine Wohnung, die es ansonsten in Niedersachsen nicht geben würde, weil die WohnRaum Niedersachsen nicht konkurriert, sondern sich die Projekte heraussucht, die ansonsten unter den aktuellen Marktbedingungen derzeit nicht umgesetzt würden.

Eine positive Entwicklung, über die wir uns sehr freuen, zeigt sich auch im Bereich des Tourismus. Niedersachsen gehört zu den beliebtesten Reisezielen Deutschlands. Das ist für mich persönlich nicht überraschend. Mit mehr als 15,8 Mio. Gästen und rund 47 Mio. Übernachtungen haben wir im Jahre 2025 Rekordwerte erreicht. Werte in dieser Größenordnung sind in Niedersachsen nie zuvor gemessen worden. Wir liegen im Bundesländervergleich auf dem vierten Platz.

Die Tourismusbranche leistet einen wichtigen Beitrag zum Wachstum und zur Beschäftigung in Niedersachsen. Knapp 8 % aller Erwerbstätigen in Niedersachsen sind direkt oder indirekt im Tourismus tätig. Das heißt, dass der Tourismus die sechstwichtigste Branche Niedersachsens und damit für unser Bundesland natürlich auch von einer besonderen wirtschaftlichen Bedeutung ist.

Deshalb und aus vielen anderen Gründen unterstützen wir die Tourismusbranche. Die Tourismus Niedersachsen GmbH (TMN), die 100-prozentige Tochter, trägt auch weiterhin dafür Sorge, dass Niedersachsen als Reiseland überregional wahrgenommen wird. Für die Aufgaben der TMN stehen pro Jahr erneut 4 Mio. Euro aus dem Wirtschaftsförderfonds im Kapitel 5081, Titel 538 73 bereit.

Es freut mich, dass es uns auch gelungen ist, die Förderung für die Destinationsmanagement-Organisationen (DMOs) zu verstetigen. Die Förderung um 2 Mio. Euro zu erhöhen, geht auf eine Initiative der regierungstragenden Fraktionen im vergangenen Jahr zurück. Wir haben jetzt auch diese Förderung für die Folgejahre verstetigen können. Das heißt, dass diese Mittel auch für die nächsten Jahre zur Verfügung stehen.

Hinzu kommen die hochprädikatisierten Tourismusorte, für die in dieser Wahlperiode eine Förderung von 2 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt und verstetigt worden ist.

Der Tourismus profitiert von einem weiteren Förderprogramm meines Hauses, der sogenannten GRW-Förderung. Das ist das wichtigste Instrument der Regionalförderung. Sie wird von Bund und Ländern finanziert. Dank der GRW-Förderung können wir insbesondere strukturschwächere Regionen unterstützen. GRW dient ganz bewusst dem Ausgleich von wirtschaftlichen Nachteilen und fördert gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Niedersachsen. Gerade in der wirtschaftlich herausfordernden Lage, in der wir derzeit sind, erweist sich die GRW-Förderung als ein wirklich unverzichtbarer Impulsgeber für Investitionen, für Wachstum und für Beschäftigung. Jährlich stehen dafür Fördermittel in Höhe von mehr als 77,5 Mio. Euro zur Verfügung. Diese teilen sich hälftig in Landesmittel und Bundesmittel auf. Veranschlagt sind die Gelder im Kapitel 0802, Titelgruppen 66/67.

Die Vergangenheit wie auch die Gegenwart zeigt, dass GRW-Förderung sehr gefragt ist. Die aktuellen Antragszahlen zeigen, dass das Antragsvolumen für die GRW derzeit größer ist als die für das Jahr 2026 zur Verfügung stehenden Mittel. Da es aber voraussichtlich nicht allen Ländern gelingen wird, die ihnen zustehenden GRW-Mittel des Bundes zu binden, werden wir dort auch unterjährig tätig werden, um gegebenenfalls frei gebliebene Mittel nach Niedersachsen zu holen, um alle hier bestehenden Wünsche bedienen zu können.

Meine Damen und Herren, ebenso wichtig und unverzichtbar wie die Themen, die ich bisher angesprochen habe, sind unsere Start-ups. Start-ups bringen nicht nur inhaltlich erfreulich

frische Ideen hervor - sie entwickeln innovative Technologien, die für uns einen so hohen Wert haben, dass wir sie in Niedersachsen fördern. Start-ups erschließen uns auch neue Märkte und sorgen übrigens auch für neue Arbeitsplätze. Damit leisten sie einen enorm wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit und zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Wir konnten im Jahr 2025 in Niedersachsen 167 Start-up-Gründungen verzeichnen. Das ist das dritte Wachstumsjahr in Folge. Das ist ein starkes Signal in der Sache, aber auch ein starkes Signal dafür, dass die Start-up-Strategie, die wir uns gesetzt haben, wirkt. Als Nächstes wollen wir die Gründungen an den Standort Niedersachsen binden. Wir prüfen, was wir an Unterstützung bereitstellen und wie wir Menschen ermutigen können, innovative Geschäftsideen in Niedersachsen umzusetzen. Deshalb werden wir die Unterstützung konsequent fortsetzen und weiter ausbauen. Wir fördern neun Start-up-Zentren und sieben Hightech-Inkubatoren und unterstützen damit die Start-ups darin, ihre Ideen in Geschäftsmodelle umzuwandeln, und beschleunigen damit diese Hightech-Entwicklungen.

Das Ziel ist klar. Wir wollen Niedersachsen weiter als einen starken Start-up-Standort positionieren. Denn die Start-ups müssen erfolgreich sein. Dann schaffen sie auch die Wertschöpfung, die wir haben wollen, und damit auch Beschäftigung und Innovation.

An dieser Stelle möchte ich Ihren Blick auf zusätzliche Mittel in Höhe von 10 Mio. Euro im Jahre 2027 und 10 Mio. Euro im Jahre 2028 lenken. Diese 20 Mio. Euro, die wir im Wirtschaftsförderfonds veranschlagen, sollen zur Stärkung von Innovationen in Unternehmen inklusive Start-ups und Scale-ups beitragen, also den nächsten Baustein der Start-up-Strategie bedienen. Diese Stärkung ist insbesondere für die Zukunftsfelder reserviert, die als Schlüsseltechnologien die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des Standortes stärken, also beispielhaft KI, Robotik, Quantentechnologie, Photonik, Biotechnologie, Bioprozesstechnik, Dekarbonisierung und Zirkularität.

Ein weiterer wichtiger und unabdingbarer Faktor für einen starken Wirtschaftsstandort ist der Gigabit-Ausbau. Auch hier leisten wir weiterhin Unterstützung. Vom Bund bewilligte Projekte beim Thema Gigabit werden auch zukünftig mit Landesmitteln über unsere Richtlinie „Graue Flecken“ kofinanziert.

Neben den im Sondervermögen Digitalisierung hierfür zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln ist es meinem Haus gelungen, weitere Mittel in Höhe von 50 Mio. Euro aus den für Digitalisierungsmaßnahmen zur Verfügung stehenden Mitteln des Länderanteils des Sondervermögens einzuwerben. Das ist gut. Wir können sagen, wir haben auf diesem Gebiet in Niedersachsen viel erreicht. Niedersachsen liegt beim Glasfaserausbau auf Platz zwei der Flächenländer. Wir haben 72,27 % der Haushalte versorgt. Bundesweit liegt dieser Wert bei 48,91 %. An diese positive Entwicklung wollen wir natürlich auch weiter anknüpfen und somit weiterhin dazu beitragen, Lücken zu schließen.

Am Ende komme ich zur EU-Förderung, die als Sondervermögen in den Kapiteln 5085, 5086 und 5087 des Einzelplans 08 veranschlagt ist. Das ist ein Kapitel mehr als bisher. Das hat auch seinen guten Grund. Wie Sie wissen, unterstützt die Strukturfondsförderung EFRE und ESF+ mit ihren längerfristig planbaren Volumina den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa. Das übergeordnete Ziel ist, die Unterschiede im wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstand der Regionen der EU zu verringern. Im Haushaltsjahr 2027 befinden wir uns noch in der

Förderperiode 2021 bis 2027. In den dafür einschlägigen, Ihnen bekannten Kapiteln 5086 und 5087 sind keine Veränderungen veranschlagt. Im dritten Kapitel, dem Kapitel 5085, kommt aber hinzu, dass im Jahr 2028 die neue Förderperiode von 2028 bis 2034 beginnt. Auf EU-Ebene wird künftig die Unterteilung in die bisherigen Fonds EFRE und ESF sowie die Zuordnung zu den Gebietskategorien „stärker entwickelte Regionen“ und „Übergangsregionen“ entfallen. Insofern wird die Bewirtschaftung einfacher. Wir werden auch flexibler im Einsatz der Mittel. Aktuell ist allerdings der mehrjährige Finanzrahmen der EU noch nicht verabschiedet. Wir können daher noch keine belastbaren Aussagen zu den zu erwartenden Mitteln treffen. Deshalb sieht der Haushaltsplanentwurf zunächst die Fortschreibung der Jahrestranche aus den alten Ansätzen vor.

Zusammengefasst möchte ich festhalten: Wir halten den Wirtschaftsstandort Niedersachsen - nachvollziehbar und auch berechtigt - für attraktiv! Das wird unterstützt: durch einen konsequenten Ausbau der Infrastruktur, durch eine konsequente Förderung der Wirtschaft und durch eine konsequente Förderung des Wohnungsbaus. Wir wollen damit für Wachstum sorgen und Wettbewerbsfähigkeit herstellen. Wir sind und bleiben ein verlässlicher Partner für unsere Wirtschaft. In Zeiten, in denen so viel Verunsicherung und Unklarheit herrschen, messen wir alles, was wir machen, daran, wie wir Verlässlichkeit, Sicherheit und auch Planbarkeit herstellen können. Das gilt für die Industrie genauso wie für das Handwerk, für den Tourismus genauso wie den Baubereich. Das ist das, was mich dabei die ganze Zeit antreibt.

Ich möchte mich beim Haus und bei den nachgelagerten Behörden für die gute, erfolgreiche und intensive Arbeit, die dort geleistet wird, bedanken und freue mich nun auf die Aussprache.

Allgemeine Aussprache

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU): Herr Minister, ich teile Ihre Einschätzungen zur Wirtschaftslage. Wir sind vielleicht in der Maßgabe dessen, was wir tun müssen, etwas unterschiedlicher Auffassung. Ich bin etwas mehr geneigt, eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zu betreiben. Sie dagegen schauen auf die Nachfrageseite.

Im Kern aber sind wir uns nach meinem Eindruck darüber einig, dass Wirtschaft augenblicklich eine für uns alle sehr herausfordernde Aufgabe ist und dass wir gemeinsam die Stärken Niedersachsens nutzen müssen. Niedersachsen hat einige dieser Stärken, auf die Sie zum Teil auch eingegangen sind. Meines Erachtens könnten sie auch noch etwas deutlicher beleuchtet werden.

Ich wiederhole deswegen meine Grundsatzkritik, die ich auch im Wirtschaftsausschuss geäußert habe. Maßgebend muss das sein, was man augenblicklich vorfindet: Wir haben seit 2019 nicht nur in Niedersachsen, sondern auch bundesweit kein wirtschaftliches reales Wachstum und keinen Zuwachs an Kaufkraft mehr. Wir müssen uns die Frage stellen, was man dagegen tun kann. Eigentlich müsste ein deutlicherer Aufwuchs des Anteils des Wirtschaftsetats am niedersächsischen Landeshaushalt festgestellt werden können. Sie haben Ansätze teilweise erhöht und/oder unverändert fortgeführt. Das ist nicht der schlechteste Ansatz, es ist aber in Anbetracht von 1,4 Mrd. Euro an möglicher struktureller Neuverschuldung auch keine Herausforderung, Bestehendes zu stabilisieren oder finanziell etwas besser auszustatten.

Ich hätte mir insofern einen sehr deutlichen Schwenk hin zum Aussenden von Signalen für wirtschaftliche Belebung gewünscht, um in unserem Land Potenziale anzusteuern und mit Innovationen in ausgewählten Bereichen besondere Akzente zu setzen. Ein Beispiel dafür wäre die Luft- und Raumfahrttechnik, für die in Niedersachsen auch schon Förderprogramme aufgelegt worden sind. Ein weiteres Beispiel wäre die Verarbeitung von glasfaserverstärktem Kunststoff (GFK), die in Niedersachsen ebenfalls schon im Hinblick auf die Entwicklung innovativer Techniken, wie sie unter anderem Airbus einsetzt, gefördert worden ist.

Für die maritime Wirtschaft haben Sie 8,3 Mio. Euro in die entsprechende Titelgruppe eingestellt. Ich weiß nicht, ob diese Summe ausreicht, um alle Bundesmittel zu binden. Ich finde, als maritimer Standort sollten wir versuchen, alle vorhandenen Bundesmittel zu binden. Wenn andere Bundesländer ihre Mittel nicht abrufen, sollten wir geneigt sein, auch deren Mittel abzurufen, damit unsere maritime Wirtschaft - die Werften in Niedersachsen - an dieser Entwicklung partizipieren kann.

Wo ist die besondere Förderung der Wasserstoffwirtschaft? Wo sind die Fördermittel im Bereich nachwachsender Rohstoffe; Stichworte sind hier Bioenergie und Methanisierung? Ich finde, dass wir hier ebenso wie bei der Erschließung von Wertschöpfungsketten in der Nahrungsmittelwirtschaft auch in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten noch Impulse setzen können, um bestehende Cluster zu stärken.

Sie haben die Regionalisierungsmittel angesprochen; im Wirtschaftsausschuss sind Sie darauf etwas näher eingegangen. Sie bestreiten die Schülerbeförderung, die vorher aus den Regionalisierungsmitteln finanziert worden ist, jetzt direkt aus Landesmitteln. Dieser Wechsel schafft naturgemäß Freiraum. Ich möchte gerne wissen, wie viel dadurch mehr bedient werden kann. Bei ehrlicher Betrachtung ist klar, dass ein erheblicher Anteil die angestiegenen Trassenpreise kompensieren muss. Hierüber befinden Sie sich bekanntlich noch in Gesprächen mit dem Bund. Das hierzu ergangene Gerichtsurteil lässt jetzt erst einmal die Trassenpreise ansteigen, mit der Folge, dass das Land höhere Trassenpreise zahlen muss. Das ist auch an den Etatisierungen zu erkennen. Die Lage der kommunalen Haushalte ist bereits im Innenausschuss thematisiert worden. Führen die 10 Mio. Euro, die Sie zusätzlich an die Kommunen auszahlen, wirklich zu einem Mehr an Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, oder dienen sie nur einem Ausgleich der stark strapazierten ÖPNV-Titel der Kommunen?

Sie haben den Wohnungsbau angesprochen, der wirklich eine sehr wesentliche Aufgabe ist. Es kommt am Ende darauf an, wie wir am meisten Wohnraum schaffen: mithilfe der gegründeten Landesgesellschaft oder indem wir private Investitionen anreizen. Am besten wäre es, wenn wir mit jedem Euro an Fördermitteln möglichst viele private Euros an Investitionen anreizen könnten.

Ich glaube, die Frage ist nicht, ob die Wohnungen ohne die Landesgesellschaft nicht gebaut würden, sondern die Frage ist, warum die Förderpolitik des Landes so gestaltet ist, dass sie für Private nicht gängig zu machen ist. Es kann doch nicht sein, dass Wohnungsbau nur staatlich betrieben werden kann! Das Schaffen von Wohnraum wird immer eine private Sache sein. Da, wo, wie in Berlin, alles an Wohnraum enteignet werden soll, möchte man sich privat nicht engagieren. Deswegen müssen Länder als Standort für privates Kapital, das für Investitionen zur Schaffung von Wohnraum bereitgestellt wird, auch immer interessant sein. Da, wo der Markt

Schwächen aufweist, muss durch Förderpolitik und Ähnliches dafür gesorgt werden, dass Wohnungsbau funktioniert.

Ich bin schon etwas erstaunt darüber, dass Sie sich vor dem Hintergrund einer beachtlichen 25-prozentigen Steigerung der Ausgaben nicht für eine Reform beim Wohngeld auf Bundesebene einsetzen. Ich finde, dass wir darauf reagieren müssen. Je mehr Wohnungen es gibt, desto günstiger werden Wohnungen werden und desto geringer werden am Ende die Ausgaben für Wohngeld sein.

Ich möchte gerne wissen, wofür die zusätzlichen Mittel für den Wirtschaftsförderfonds - ich habe Beträge von 58,6 Mio. Euro und 58,4 Mio. Euro gesehen - künftig verwendet werden sollen. Wir haben in der Vergangenheit schon darüber diskutiert, dass im Wirtschaftsförderfonds Mittel quasi geparkt worden sind, die jetzt wieder entnommen und zur Gegenfinanzierung von Projekten der Gemeinschaftsaufgaben und Ähnlichem eingesetzt werden sollen. Darauf zielt meine Frage aber nicht. Ich möchte wissen, was mit dem neuen frischen Geld im Wirtschaftsförderfonds geleistet werden soll.

Ich wiederhole meine Kritik, die ich zum Straßenbau geäußert habe. Sie erhöhen die Mittel im Haushalt nicht. Obwohl es große Kostensteigerungen gibt, bleiben die Investitionsmittel sehr konstant und werden nicht erhöht. Sie verwenden 500 Mio. Euro aus dem Sondervermögen des Bundes. Ich bin der Auffassung, dass angesichts der erheblichen Herausforderungen, vor die uns der Zustand der Landesstraßen stellt, wesentlich mehr Mittel bereitgestellt werden müssten. Es gibt einen qualitativen Unterschied zwischen den Landesstraßen und den Bundesstraßen. Es gibt einen qualitativen Unterschied zwischen vielen Kreisstraßen und Landesstraßen.

Wir müssten auch viel mehr tun, um die Hafenhinterlandanbindungen künftig sicherzustellen. Unsere Häfen können auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn wir eine gute Hafenhinterlandanbindung sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene haben. Wenn es wirklich darum gehen soll, Wirtschaft an die erste Stelle zu setzen, dann müssen auch für die Hinterlandanbindungen Mittel bereitgestellt werden.

Das sind nur einige grundsätzliche Anmerkungen gewesen, die mir wichtig sind. Einiges haben wir schon im Wirtschaftsausschuss diskutiert und können wir auch nachher im Rahmen der Einzelberatung noch diskutieren. Ich finde, dass nicht alles falsch ist, was Sie machen, aber noch wesentlich mehr möglich wäre.

Abg. **Jessica Schülke** (AfD): Erster Punkt: Transformationsbegleitung der Automobilindustrie in Niedersachsen. Das ist im Einzelplan die Titelgruppe Nummer 61. Sie erläutern dort:

> „Die Mittel werden für die Unterstützung der Automobilindustrie in Niedersachsen zur Verfügung gestellt, damit niedersächsische Zulieferunternehmen die Herausforderung der Transformation in der Automobilwirtschaft erfolgreich meistern können.“

Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in der Automobilwirtschaft - Continental rechnet damit, zukünftig massiv Stellen abbauen zu müssen - frage ich Sie: Wie beurteilen Sie denn die Formulierung „erfolgreich meistern“ und wie soll die genaue Mittelverwendung im Bereich der Transformationsbegleitung in der Automobilindustrie insbesondere an kleine und mittelständische Zulieferbetriebe erfolgen?

Zweiter Punkt: Ich bleibe bei der Automobilindustrie. Seit drei Jahren hören wir, dass wir das Aus vom Verbrenner-Aus nicht fordern sollten, weil die Zukunft in der Elektromobilität liegt. Letztes Jahr hat Ministerpräsident Lies genau das Gegenteil gefordert, nämlich ein Aus vom Verbrenner-Aus. Damit hat er eine Kehrtwende eingeleitet. Mich interessiert an der Stelle, wie Sie dazu stehen und wo sich diese Kehrtwende im Doppelhaushalt für 2027/2028 niederschlägt.

Sie haben gerade das „Stahlland Niedersachsen“ genannt. Grüner Stahl ist sozusagen ein Leuchtturmprojekt von Ihnen bzw. von der Landesregierung. Im letzten Jahr hat ziemlich genau zum gleichen Zeitpunkt, also während der Haushaltsberatungen, Herr Groebler, der Chef der Salzgitter AG, bekanntgegeben, dass die Ausbaustufen 2 und 3 des SALCOS-Projekts nicht mehr zur Ausführung gelangen oder sich zumindest verzögern. Mich interessiert, wie es damit jetzt weitergeht. Halten Sie weiter an dem grünen Stahl fest? Wo finden sich Förderungen im Haushaltsplan für 2027 und 2028? Denn die Salzgitter Stahl AG fordert dringend politische Hilfe, vor allem bei den Strompreisen.

Der Wohnungsbau wurde gerade angesprochen. Herr Hilbers hat dazu auch schon etwas gesagt. Es gibt jetzt die Wohnraum Niedersachsen GmbH. Sie haben schon gesagt, dass die ersten Spatenstiche erfolgt seien. Mich interessiert Folgendes: Die Wohnraum Niedersachsen GmbH hat in den letzten Jahren 300 Mio. Euro erhalten. Es ist auch schon ein bisschen passiert. Aber wie viele Wohnungen sind denn jetzt wirklich bezugsfertig? Spatenstiche sind gut und schön, und auch Planung ist gut, aber die Wohnungen müssen irgendwann auch gebaut sein. Die Legislatur dauert nur noch ein Jahr. Vor dem Hintergrund interessiert mich, wie viel bezugsfertiger Wohnraum bisher geschaffen worden ist.

Ich möchte noch etwas zum ÖPNV sagen. Sie haben gesagt, dass dafür viel Geld in die Hand genommen wird: für Trassen, für Verwaltungskostenpauschalen, für Ausbildungsverkehr, für den SPNV. Inwiefern ist der ÖPNV vor allem im ländlichen Bereich mit einbezogen? Denn letztes Jahr war gerade im Regionalverband Großraum Braunschweig (RGB), also in der Region Braunschweig-Salzgitter, im Gespräch, dass Linien ausgedünnt werden mussten, weil 12 Mio. Euro fehlten. Jetzt haben Sie angekündigt, dass einige Millionen fließen werden. Ich habe bisher vieles über die Haupttrassen und die großen Straßen gelesen und gehört und möchte jetzt gerne wissen, wie es im ländlichen Raum aussieht. Auch ich lebe auf dem Land. Auch bei uns wurde viel ausgedünnt. Viele Linien gibt es da nicht mehr oder werden nur noch ganz selten bedient.

Nun zur Transformation, und zwar in Bezug auf die Wasserstoffwirtschaft. Der Haushalt sieht eine gemeinsame Finanzierung einer Wasserstoffwirtschaft durch das Wirtschaftsministerium und das Umweltministerium vor. Dazu soll die Finanzierung in den Kapiteln 5081 und 5157 zusammengeführt werden. In welchen Titeln findet sich die Förderung jetzt wieder? Ist eine Steigerung der Haushaltsmittel für diesen Bereich vorgesehen, und wenn ja, in welcher Höhe? Das hatten Sie nicht ausgeführt.

Abschließend noch eine Frage zum Tankrabatt. Der Tankrabatt tritt bekanntlich am 1. Oktober 2026 in Kraft. Zu 50 % beteiligt sich der Bund, die anderen 50 % werden auf die Länder umgelegt. Für Niedersachsen dürften sich die Mittel auf ungefähr 120 Mio. Euro und vielleicht ein bisschen mehr belaufen. Wie werden diese Mittel nachträglich für das Jahr 2026 zur Verfügung gestellt? Wo finden sich diese Mittel im Haushaltsplan 2027/2028 wieder?

Abg. **Dr. Dörte Liebetruth** (SPD): Herr Kollege Hilbers hat eben gesagt, dass dieser Einzelplanentwurf nicht der schlechteste Ansatz sei. Ich werde jetzt begründen, warum wir seitens der SPD-Fraktion diesen Einzelplanentwurf als gelungenen Entwurf ansehen.

Herr Minister, Sie sind eingangs auf die aktuell schwierige wirtschaftliche Lage eingegangen. Angesichts dieser Lage möchte ich Ihnen und der gesamten Landesregierung für den engagierten Kampf um Industriearbeitsplätze meinen herzlichen Dank ausdrücken

Lassen Sie mich konkret erläutern, was das im Kontext dieser Haushaltsberatungen bedeutet. Sie haben im Verlaufe Ihrer Darstellungen die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, die sogenannten GRW-Mittel, genannt. Es ist alles andere als selbstverständlich, dass Niedersachsen nicht nur sämtliche für Niedersachsen zur Verfügung stehenden Mittel kofinanziert, sondern sogar Anstrengungen unternimmt, um auch etwaige Mittel zu bekommen, die andere Länder gegebenenfalls verfallen lassen. Dieses Engagement ist genau die richtige Herangehensweise. Herzlichen Dank dafür!

Es ist mehr als sinnvoll, gerade in diesen Zeiten die Innovationsförderung hochzufahren. Sie sind auf verschiedene Branchen eingegangen. Ich will jetzt nicht alles, was Sie gesagt haben, wiederholen, sondern mich auf einige wenige Punkte beschränken. Wir haben im vergangenen Jahr mit dem Haushalt 2026 politische Akzente im Bereich der Tourismusförderung für unser schönes Bundesland gesetzt. Es freut uns seitens der SPD-Fraktion sehr, dass dieses Engagement jetzt verlässlich fortgeführt wird.

Wir sind uns alle einig, dass wir angesichts des aktuellen Zustands von Teilen unserer Infrastruktur diese dringendst modernisieren müssen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den Landesstraßenbauplafond eingehen. Herr Hilbers, Sie haben gesagt, dass die 114 Mio. Euro, die für die kommenden Jahre veranschlagt sind, keine Erhöhung seien. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir am Ende Ihrer Amtszeit als Finanzminister bei gut 80 Mio. Euro waren. Wenn ich mir die Entwicklung des Ansatzes - die Steigerung von 80 Mio. Euro in 2022 auf bis zu 114 Mio. Euro in den Jahren 2027/2028 - sowie die hinzukommenden Mittel des Bundes aus dem Sondervermögen vergegenwärtige, dann stelle ich fest, dass wir uns heute in ganz anderen Dimensionen bewegen. Diese Landesregierung klotzt und kleckert nicht. Dafür ein sehr großes Dankeschön! An den Landesstraßen, den Brücken und den Radwegen entlang von Landesstraßen wird wirklich mit allen Kräften - Land und Bund - etwas getan. Das ist genau das, was wir angesichts der Situation, in der wir uns befinden, brauchen, damit die Straßen und Radwege zukunftsfest werden.

Auf den Bus- und Bahnverkehr sind verschiedene Redner schon eingegangen. Es wird dem gesamten Land und gerade auch den ländlichen Räumen nützen, dass die Mittel für die Verwaltungskostenpauschale, die wir mit dem Haushalt 2026 beschlossen haben, nicht nur verstetigt, sondern mit diesem Haushaltsentwurf sogar noch erhöht werden konnten.

Die Tatsache, dass Ausbildungsverkehre wieder aus Landesmitteln gezahlt werden, sollte nicht kleingeredet werden. Es gibt in regelmäßigen Abständen länderübergreifende Statistiken, die Auskunft darüber geben, welches Land wie viele Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr einsetzt. In diesem Ranking hat Niedersachsen jetzt Plätze gutgemacht. Es freut uns sehr, dass wir mit dem Entwurf des Doppelhaushalts auf diesem Gebiet ein großes Stück vorankommen.

Vielen Dank, Herr Minister, dass auch in der Städtebauförderung Verlässlichkeit möglich ist. Die Gegenfinanzierung der Bundesmittel im Entwurf des Doppelhaushalts bedeutet ganz konkret, dass Kommunen investieren können und zusätzlich private Mittel eingesetzt werden. Das hat vor Ort positive Folgen für die Wirtschaft und für den sozialen Zusammenhalt. Das gilt auch für die Gegenfinanzierung im Bereich der sozialen Wohnraumförderung. Herr Hilbers hat eben darüber philosophiert, ob entweder der Weg, den die Landeswohnungsgesellschaft bietet, oder der aus seiner Sicht attraktivere Weg des privaten Wohnungsbaus gegangen werden sollte. Ich meine, wir brauchen alles zusammen, weil wir in Niedersachsen mehr zusätzliche und bezahlbare Wohnungen brauchen.

Bei der Betrachtung des Entwurfs des Doppelhaushalts 2027/2028 kommen wir zu dem Schluss, dass er eine sehr gute Grundlage für die aktive Wirtschafts-, Bau- und Verkehrspolitik ist, die wir brauchen, um Niedersachsen verlässlich weiter zukunftsfest zu machen.

Abg. **Dr. Andreas Hoffmann** (GRÜNE): Danke, dass Sie eingangs die wirtschaftlichen Rahmendaten angeführt haben. Sie zeigen, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Dieser Investitionshaushalt zeigt, was Sie geleistet haben. Ich fand es auch gut, wie ehrlich Sie über die Herausforderungen einschließlich der Konflikte mit dem Bund berichtet haben. Dadurch geben Sie uns die Möglichkeit, etwas mehr über die Konflikte zu erfahren, die Sie für Niedersachsen austragen müssen.

Nun möchte ich auf die Ausführungen meiner Vorredner eingehen. Das Verbrenner-Thema können wir gerne noch einmal diskutieren. Ich habe das Gefühl, dass der Markt das Problem gerade löst. Die lokale Automanufaktur aus meiner Region, die schon mehrfach angesprochen wurde, streicht jetzt gerade die Sonderschichten. Sonderschichten, die in den einen Werken gestrichen wurden, werden jetzt in anderen Werken, die in den letzten Wochen verbal schon geschlossen wurden, gefahren, weil dort E-Autos gebaut werden. Ich bin, wie Sie sich sicherlich denken können, bei diesem Thema ohnehin anderer Ansicht.

Auch das andere bei mir um die Ecke ansässige lokale Unternehmen, der Stahlkocher, wurde schon erwähnt. Herrn Groebler hatten wir im Ausschuss schon mehrfach zu Besuch. Die Herausforderungen dieses Unternehmens sind bekanntlich noch größer als die eines Automobilherstellers. Ich erinnere an die Debatten um die Anrechnung der Verwendung grünen Stahls für Automobilhersteller bei der Berechnung der CO_2-Emissionen. Die Salzgitter AG ist ein existenziell wichtiges strategisches Unternehmen für Niedersachsen. Danke, dass Sie auch da einen Schwerpunkt gesetzt haben.

Herr Hilbers, der gerade den Raum verlassen hat, hat kritisiert, dass Sie nicht vollumfänglich die Themen Wasserstoff und Weltraum gefördert hätten. Ich danke Ihnen ungeachtet dessen für die Prioritätensetzung und warte auf die Beantwortung der dazu gestellten Fragen.

Die Frage nach dem RGB betrifft mich lokal. Ich bin gespannt, wie Sie die lokalen Entscheidungen der Kommunen, bei den Regiobussen zu kürzen, kommentieren, weil das Land darauf nur bedingt Einfluss hat. Wenn ich mir die Lage im RGB vor Augen führe, dann liegen die Hauptprobleme im Bereich der Schiene. Sie haben die Trassenpreise erwähnt.

Ich bin Ihnen auf jeden Fall dankbar, dass wir im ÖPNV jetzt einen so riesigen Schritt vorangehen; denn das hilft nicht nur dem RGB, sondern dem gesamten Land, das wir als

Landtagsabgeordnete im Blick haben müssen. Danke, dass Sie Spielräume schaffen. Die Anhebung der Förderung des ÖPNV von 15 Euro auf 48 Euro pro Einwohner ist meines Erachtens ein wichtiges argumentatives Zeichen dafür, dass Rot-Grün in diesem Bereich etwas bewegt hat.

Zum Straßenbauplafond muss ich zum Glück nicht viel sagen, weil dazu meine Vorrednerin schon viel gesagt hat. Auch mir als Grünem ist klar, dass ÖPNV auf Straßen fährt und dazu Brücken funktionieren müssen und im ländlichen Raum nicht überall perfekt ausgebauter ÖPNV möglich und finanzierbar ist. Es ist sinnvoll, dass Sie die Mittel aus dem Sondervermögen nutzen. Wer realistisch ist, weiß, dass dabei Planungsgrenzen gesetzt sind.

Ich finde es gut und beeindruckend, wie weit wir mit der Beschaffung von Wohnraum in Niedersachsen gekommen sind. Das Konzept funktioniert nicht so, dass gleich bezugsfertige Wohnungen zu erwarten sind. So, wie die Wohnraum Niedersachsen aufgestellt ist und finanziert wurde, wäre es etwas unrealistisch, jetzt schon komplett bezugsfertige Wohnungen zu erwarten. Das jedenfalls war nicht meine Erwartung. Ich muss allerdings feststellen, dass wir schon ziemlich weit gekommen sind. Das ist ein guter Weg, dass wir als Land hier wieder einen Hebel in die Hand bekommen. Insofern bin ich eher positiv überrascht, dass wir beim Wohnungsbau schon so weit sind.

Ich räume ein, dass der Tourismus für mich nicht immer so präsent ist, wie er es sein sollte. Bei der Betrachtung der Zahlen ist die Annahme realistisch, dass der Tourismus mehr Einnahmen erzielt als die Landwirtschaft - und das, obwohl er kein eigenes Ministerium hat. Angesichts dieser Bedeutung ist es gut, dass schwerpunktmäßig in diesen Bereich investiert wird. Angesichts dieser hohen Besucherzahlen ist es wichtig, dass wir diesen Bereich nicht vernachlässigen, sondern ihn weiter ausbauen. Herzlichen Dank dafür!

Beim Breitbandausbau sind wir mittlerweile auf Platz zwei. In meinem ersten Jahr als haushaltspolitischer Sprecher haben wir im Zusammenhang mit dem Haushalt das Thema Breitband in Bezug auf privaten Ausbau lang und breit diskutiert. Vielen Dank an das MW, dass es trotz der knappen Mittel bei diesem Thema so eng drangeblieben ist.

Minister **Tonne** (MW): Herzlichen Dank für die Aussprache - sowohl für das Lob als auch für die Hinweise auf die Bereiche, in denen noch mehr Unterstützung gegeben werden sollte. Nüchtern betrachtet gibt es doch immer Wünsche nach weitergehenden Förderungen.

Ich will eingangs sehr deutlich sagen, dass es für uns das oberste Ziel war, die Mittel des Bundes, die dem Ministerium zur Verfügung stehen, mit Landesmitteln binden zu können, weil jeder eingesetzte Euro des Landes zusätzliche Fördermittel bindet und in meinen Augen die größtmögliche Effizienz entfaltet wird, wenn wir diese Mittel nicht verfallen lassen, sondern sie bei uns in Niedersachsen einsetzen können.

Ich erlaube mir mit einem kleinen Augenzwinkern folgenden Hinweis an den Kollegen Hilbers. Er hat beabsichtigt oder unbeabsichtigt den niedersächsischen Superlativ erwähnt. Niedersachsen ist gut und besser, aber nicht schlecht. Es ist schon ein großes Lob, wenn ich von ihm höre, dass dieser Haushalt nicht der schlechteste Ansatz sei. Donnerwetter! Ich weiß gar nicht, ob dieses Lob noch steigerungsfähig ist. Dafür ganz herzlichen Dank! Ich nehme dieses Lob für das Haus gerne an.

Hilbers hat nach dem genauen Wert für die Trassenpreise gefragt. In meinem Redemanuskript ist insoweit von 48 Mio. Euro die Rede. Sofern ich diesen Betrag nicht gesagt haben sollte, habe ich das hiermit ganz ausdrücklich nachgeholt. Der Anteil des Aufwuchses im Bereich ÖPNV/SPNV beläuft sich auf 48 Mio. Euro, die mit Blick auf die Trassenpreise in den Haushalt eingestellt worden sind.

Ich teile die Ansicht, dass es ein gemeinsames Ziel ist, sehr genau zu prüfen, wo wir in Niedersachsen regionale Cluster haben, die als echte Schwerpunkte gestärkt werden sollten. Ich finde, dass sich das beispielsweise ganz hervorragend in der Art und Weise widerspiegelt, wie wir bei der Start-up-Förderung die Hightech-Inkubatoren fördern. Die Förderung ist danach ausgerichtet, wo in Niedersachsen die Regionen mit echten Stärken sind, bei denen es sich lohnt, bei der Förderung dranzubleiben.

Meines Wissens haben wir bei den Fördermitteln für die maritime Wirtschaft sogar einen Aufwuchs von 8 auf 9 Mio. Euro, um auch dort die Bundesmittel, die es gibt, sachgerecht binden zu können.

Lassen Sie mich die Luft- und Raumfahrttechnik ansprechen. Gestern hat der 20. Tag der Deutschen Luft- und Raumfahrtregionen in Hannover stattgefunden. Das war eine wirklich sehr gelungene Veranstaltung. Heute Morgen gab es einen Post, wonach man nach dem gestrigen offiziellen Teil zu dem Eindruck gelangen müsse, dass die wesentliche Expertise im Bereich Luft- und Raumfahrttechnik in Niedersachsen liege. Ein Kollege aus Westfalen hat daraufhin gepostet, dem könne er als Westfale nicht zu 100 % zustimmen. Ich habe dem Kollegen geantwortet, 99 % Zustimmung von ihm würden mir völlig ausreichen. Dieser Post ist ein Beleg für die Entwicklungsmöglichkeiten, die wir haben. Deswegen sichere ich ausdrücklich zu, dass wir mit den dortigen Akteuren in einem engen Austausch bleiben und nach Möglichkeiten der Weiterentwicklung suchen. Das genannte Unternehmen Airbus ist das nach Größe bedeutendste Beispiel. Es gibt aber auch noch viele andere Unternehmen auf diesem Gebiet. Airbus hat hier in Niedersachsen viele Standorte und viele Beschäftigte. Ich sage daher sehr deutlich: Ja, wir wollen gemeinsam mit Airbus dafür Sorge tragen, dass auch die nächsten Stufen der Entwicklung von Flugzeugen in Niedersachsen stattfinden. Wir werden mit allen Beteiligten gemeinsam in Verantwortung gehen, um genau das zu gewährleisten. Dafür brauchen wir Bundesländer nicht in einen Wettbewerb einzutreten. Ich glaube, wir schaffen das gemeinsam. Der entscheidende Punkt ist vielmehr, wie wir im Vergleich zu anderen Ländern in Europa dastehen. Aber auch dazu sind wir in einem guten Austausch.

Ich möchte unterstreichen, was Dörte Liebetruth zum Thema Wohnraum gesagt hat. Ich glaube, dass die Maßnahmen, die wir haben, nicht als Entweder-oder, sondern als Sowohl-als-auch gesehen werden müssen. Das heißt, dass sowohl Private als auch Genossenschaften agieren müssen, dass aber eben auch nicht außer Acht gelassen werden darf, dass wir mit einem Landesstrang unseren Beitrag leisten können. Denn das Ergebnis ist momentan, dass wir Wohnraum in dem Maße, in dem er benötigt wird, nicht zur Verfügung stellen können. Wenn das das Ergebnis ist, dann gilt es, jeden dieser einzelnen Stränge sinnvoll zu bedienen und zu prüfen, was wir gemeinsam vorantreiben können. Ich denke an Vereinfachung - ich darf in dem Zusammenhang an die NBauO-Novelle erinnern - und an den Einsatz von Fördermitteln. Es muss in allen unterschiedlichen Strängen alles zusammengeführt werden, um dem Anspruch „Wir müssen den Menschen in diesem Land anständigen Wohnraum zur Verfügung stellen“ gerecht zu werden. Das ist nichts, was wir von einem Jahr bis zum nächsten Jahr schaffen können. Dafür bedarf es

in jedem Jahr eines neuen Haushaltsansatzes. Deswegen haben wir uns angestrengt, im Haushalt Mittel zu binden, um mehr zu gewährleisten, als wir es bisher können, und um mehr Anreize zu setzen und auf diese Weise insgesamt den Turnaround zu schaffen. Die Materialkosten können wir nicht so richtig beeinflussen, allgemeine Entwicklungen können wir auch nicht beeinflussen. Wir können aber die Rahmenbedingungen in Niedersachsen bestmöglich gestalten. Diese Anstrengung spiegelt sich im Haushalt entsprechend wider.

Sie haben an mich die Frage gerichtet, was am Wirtschaftsförderfonds neu ist. Das, was wir zusätzlich machen, betrifft die genannten 10 Mio. Euro im Jahre 2027 und 10 Mio. Euro im Jahre 2028. Um diese Beträge wird der Wirtschaftsförderfonds für Innovationsförderung erhöht, um Unternehmen in Niedersachsen zu unterstützen.

Die kommunalen Aufgabenträger erhalten zusätzlich 10 Mio. Euro im Jahre 2027 und 10 Mio. Euro im Jahre 2028, sodass sie über mehr Mittel in einem Umfang von 20 Mio. Euro verfügen. Diese Mittel sollen verhindern, dass Ausdünnung erfolgt, und unterstützende Wirkung entfalten. Das gilt selbstverständlich auch für den Braunschweiger Bereich, in dem das Thema im letzten Jahr sehr präsent war. Durch diese zusätzlichen Mittel gibt es mehr Spielräume vor Ort, sodass keine Ausdünnung stattfinden muss. Selbstverständlich muss vor Ort entschieden werden, welche Verbindungen wirtschaftlich sind und welche Verbindungen diesem Anspruch nicht gerecht werden und welche Verbindungen aufrechterhalten werden sollen und welche Verbindungen nicht aufrechterhalten werden sollen. Diese Entscheidungen werden bitte nach wie vor vor Ort getroffen. Wir können mit diesen Mitteln die kommunalen Aufgabenträger davor schützen, dass sie aufgrund fehlender finanzieller Mittel Rückschritte beim Angebot von Dienstleistungen machen müssen.

Weiterhin wurde danach gefragt, wie viele Mittel für das Thema Landesstraße im Haushalt zur Verfügung gestellt sind. Ich habe Ihnen berichtet, was für uns zielführend war, sicherzustellen. Es ist ja jedes Mal ein Kunststück, einen Haushalt aufzustellen, der den Rahmenbedingungen entspricht. Ich bin zutiefst dankbar, dass wir hier auf Landesebene nicht die Debatten führen müssen, die die Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene führen müssen. Auf der Bundesebene wird nicht darüber geredet, wo mehr investiert werden kann, sondern darüber geredet, wo Mittelkürzungen vorgenommen werden müssen. Das empfinde ich angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als außerordentlich schwierig.

Mit den Mitteln, die wir gerade auf den Weg bringen - einschließlich der Infrastrukturmittel -, leisten wir einen Beitrag zur Stabilisierung und zu wirtschaftlichem Wachstum. Dieses wirtschaftliche Wachstum liegt zwar bei Weitem nicht in dem Rahmen, den wir uns wünschen. Ungeachtet dessen leistet das, was wir hier machen, aber trotzdem einen Beitrag für Stabilität und Wachstum. Deswegen ist dieser Mitteleinsatz notwendig. Die Sondermittel des Bundes ermöglichen einen flexibleren Mitteleinsatz auch im Hinblick darauf, wie sich einzelne Baumaßnahmen entwickeln. Es ist uns wichtig, dass das, was wir für das jeweilige Jahr zum Beispiel im Landesstraßenbauprogramm angehen wollen, auch in dem jeweiligen Jahr umgesetzt wird und somit die Baumaßnahmen innerhalb der Zeitplanung erfolgen. Auch das trägt zur Verlässlichkeit und Planbarkeit bei. Es ist aber nichts in Stein gemeißelt. Wenn wir erkennen, dass es Bedarfe gibt, dann müssen wir uns darüber unterhalten, ob wir Mittelansätze erhöhen und/oder die Spielregeln ändern müssen. Wenn dafür Bedarf besteht, dann werden die Spielregeln eben geändert. Das ist doch selbstverständlich. Wir können aber festhalten: Wir haben dafür so viel Geld wie

noch nie zur Verfügung. Das ist sehr wertvoll, um damit die Sanierung von Landesstraßen und Brücken in den Griff zu bekommen.

Sie haben das Verbrenner-Aus angesprochen. Ich habe das anders verstanden. Der Ministerpräsident hat mehrfach deutlich gesagt, dass er dafür keine Kehrtwende machen muss, sondern dass wir schlicht und ergreifend eine pragmatische Lösung dafür benötigen, wie es mit der Automobilindustrie weitergeht. Ich bin bei dieser Angelegenheit völlig an seiner Seite. Ich bin nicht in die Politik gegangen, um Menschen zu missionieren. Menschen entscheiden darüber, womit sie fahren wollen, bitte schön selbst. Im großen Unterschied zu der Debatte, die auch im Bundeswirtschaftsministerium geführt wird, ist Politik doch dafür da, eine Orientierung zu geben, und diese Orientierung muss mit guten Rahmenbedingungen versehen sein.

Wer sich trotz der Entwicklungen weg von fossilen Energien persönlich anders entscheidet, der geht eben seinen eigenen Weg. Das gilt für das Auto, das gilt für die Heizung und für alles andere, was man sich vorstellen kann. Nur wir dürfen diese pragmatische Lösung nicht damit verwechseln, dass wir keinerlei Orientierung mehr geben. Denn das führt zu dem, was wir derzeit erleben: Wir haben eine starke Offshore-Industrie, die derzeit nicht weiß, was passieren soll. Wir haben hier in Niedersachsen allerbeste Möglichkeiten, das Thema Wasserstoff einschließlich einer Wasserstoffwirtschaft weiterzuentwickeln und darin zu investieren. Investitionen aber finden derzeit nicht statt, weil auf Bundesebene keine grundsätzliche Orientierung gegeben wird, wo die Reise hingehen soll. Wir vergeben damit Chancen und wir vergeben damit Arbeitsplätze und wir vergeben damit Entwicklung. Wir können die Entwicklung nur aus Landessicht beeinflussen. Auf Bundesebene fehlt die Orientierung, weil nicht gesagt wird, dass das die Zukunftstechnologien sind, die wir weiterentwickeln wollen. Ich würde mir sehr wünschen, dass diese klare Orientierung mit Blick auf E-Mobilität, mit Blick auf Wasserstoff und mit Blick auf Offshore gegeben wird. Das wären Gewinnerthemen für Niedersachsen, für Arbeitsplätze und für Sicherheit in den Köpfen von Menschen. Diese Orientierung wird derzeit vernachlässigt. Ich halte das für ausdrücklich falsch und werde nicht nachlassen, diese Orientierung immer wieder einzufordern. Das heißt nicht, dass sich jeder genau daran zu orientieren hat. Ich bin stattdessen der Meinung, dass doch bitte jeder seine persönliche Entscheidung treffen sollte. Ich möchte aber eine bestmögliche Rahmenbedingung für unser Bundesland haben. Dazu gehört meines Erachtens ein pragmatischer Umgang, aber auch, eine klare Orientierung vorzugeben.

Frau Schülke, Sie haben nach dem SALCOS-Projekt gefragt. Erstens. Die Salzgitter AG hat nicht gesagt, dass sie sich von dem Projekt verabschieden wolle. Das haben die Verantwortlichen des Stahlkochers in Bremen gesagt. Die Verantwortlichen in Salzgitter haben das nicht gesagt. Sie haben die weitere Entwicklung auf der Zeitschiene nach hinten geschoben, halten aber an dem Projekt fest. Wir haben die Zahlen gerade betrachtet. Wir, je zur Hälfte das Umweltministerium und das Wirtschaftsministerium, haben im Jahre 2026 96,4 Mio. Euro an Unterstützung für die IPCEI-Projekte der Salzgitter AG zur Verfügung gestellt.

Sie haben in Bezug auf die Wohnraum Niedersachsen GmbH danach gefragt, ob wir im Jahre 2026 bezugsfertige Wohnungen haben werden. Das kann beim besten Willen nicht garantiert werden. Entscheidend ist, dass der Prozess des Entwickelns, des Bauens, des Umsetzens und der Bezugsfertigkeit hergestellt wird. Ich habe Ihnen im Hinblick darauf, mit welchen Umfängen wir rechnen, die entsprechenden Zahlen genannt.

Beim Thema Tankrabatt ist das MW nicht im Spiel. Dazu kann aber Herr Soppe, der schon freundlich nickt, im Anschluss gerne Auskunft geben.

Herr Hilbers hat gesagt, dass eine Wohngeldreform nötig sei. Wir arbeiten gerade mit dem Bund daran, eine Reform zu verhindern, die zu einem Verschiebebahnhof führt, auf dem gegenwärtig bestehende Ansprüche von Menschen auf Wohngeld überführt werden in Ansprüche, die am Ende den Kommunen auf die Füße fallen. Denn damit wäre uns nicht geholfen. Wir brauchen eine etwas schlauere Lösung als die, die momentan auf dem Tisch liegt. Momentan liegt eine Lösung auf dem Tisch, die ausschließlich den Bundeshaushalt entlastet. Einen solchen Vorschlag finde ich aus Sicht der Bundesebene sogar noch bis zu einem gewissen Maß nachvollziehbar. Die Gesamtsumme ist allerdings im Hinblick auf die Lösungen, die vorgeschlagen werden, noch nicht überzeugend. Ich bin sehr sicher, dass darüber bis zum Schluss verhandelt wird.

Frau Schülke hat zum Thema Transformationsbegleitung nachgefragt. An ganz vielen Stellen ist das die Unterstützung der Automobilindustrie mithilfe von Niedersachsen.next in Bezug auf Möglichkeiten der Beratung und Weiterentwicklung. Uns allen ist bewusst, dass es diese Veränderung gibt. Wir wollen diese Veränderung aber nicht einfach nur geschehen lassen, sondern wollen mit unseren Möglichkeiten herausfinden, was das für die Automobilindustrie und insbesondere für die Zuliefererindustrie bedeutet, um den Unternehmen dieser Branche etwas an die Hand zu geben, mit dem sie entscheiden können, zu welchen Geschäftsfeldern sie sich orientieren können, wenn sich ein Geschäftsfeld einmal nicht so entwickelt, wie sie es sich vorgestellt haben. Auf diese Weise kann insbesondere der wichtigen Zulieferindustrie eine Perspektive aufgezeigt werden. Auch dafür stehen nach wie vor Mittel zur Verfügung.

Im Übrigen darf ich daran erinnern, dass wir in diesem Jahr durch eine gemeinsame Initiative der Arbeitnehmerseite, der regionalen Wirtschaft und des Wirtschaftsministeriums das Thema Job-to-Job-Prozesse angeschoben haben, um auch dort bei Arbeitsplatzveränderungen sehr frühzeitig einzugreifen. Die Agentur für Arbeit ist selbstverständlich auch mit an Bord, wenn es darum geht, den Menschen so viel Sicherheit wie möglich zu geben und ihnen zu sagen: Ja, ihr seid jetzt in einem Job, der Veränderungen unterliegt, aber wir haben Bedarfe an anderen Stellen, wo ihr dringend benötigt werdet. Auf diese Weise können Qualifizierungsprozesse aus einer beruflichen Tätigkeit heraus gestaltet werden.

MDgt **Soppe** (MF): Ich versuche, die Planungen zum Tankrabatt nach meinem Kenntnisstand durchzudeklinieren. Das ist kein Thema ausschließlich für die Haushaltsabteilung, aber ich versuche trotzdem, es in Gänze darzustellen. Es ist beschlossen, dass die Energiesteuer für die Monate Oktober, November, Dezember um 14 Cent pro Liter reduziert wird. In der Folge sinkt der Preis. Außerdem hat das geringfügig Auswirkung auf die Umsatzsteuer im Umfang von 3 Cent pro Liter, sodass sich am Ende der beabsichtigte Preisrabatt im Umfang von 17 Cent pro Liter ergibt.

Die Energiesteuer ist eine Bundessteuer. Das heißt, die Kosten von ungefähr 2,5 Mrd. Euro für diese Maßnahme treffen zunächst den Bund. Zwischen Bund und Ländern ist aber verabredet, dass die Länder sich zur Hälfte an den Kosten beteiligen. Das heißt, dass 1,25 Mrd. Euro die Länder tragen werden.

Nach meinem Kenntnisstand soll die Abwicklung über Umsatzsteuer-Festbeträge erfolgen. Das heißt, die Verständigung zwischen Bund und Ländern über die Aufteilung des

Umsatzsteueraufkommens wird angefasst, sodass der Bund 1,25 Mrd. Euro mehr Umsatzsteuer kriegt und die Länder 1,25 Mrd. Euro weniger Umsatzsteuer bekommen. Niedersachsen ist daran immer mit knapp 10 %, also in diesem Fall mit 120 Mio. Euro, beteiligt. Nach meinem Kenntnisstand soll das in den Jahren 2026 und 2027, also jeweils hälftig, stattfinden. Das wären in der Konsequenz 60 Mio. Euro im Jahre 2026 und 60 Mio. Euro im Jahre 2027. Weil das eine Rechtsänderung ist, müsste das dann auch eine strukturelle Steuermindereinnahme sein, mit dem Ergebnis, dass das den Jahresabschluss 2026 belastet. Im Jahre 2027 wird die Aufgabe darin bestehen, die Folgen im parlamentarischen Verfahren - Stichwort „technische Liste“ - zu verarbeiten. Wir werden die Folgen aller Voraussicht nach mit der Steuerschätzung im Oktober sehen, worin sie verarbeitet sein werden.

Abg. **Jessica Schülke** (AfD): Vielen Dank für die Erklärung, Herr Soppe.

Herr Minister, Sie haben in Beantwortung meiner Frage zu grünem Stahl der Salzgitter AG die Höhe der Haushaltsmittel für das Jahr 2026 genannt. Planen Sie denn auch in dem kommenden Haushalt noch Förderungen ein, und wie hoch sind sie?

Meine zweite Frage betrifft die Wasserstoffwirtschaft. Die Förderung der Wasserstoffwirtschaft ist jetzt in anderen Kapiteln untergebracht. Soll es eine Steigerung der Haushaltsmittel für die Jahre 2027/2028 geben oder soll das Mittelvolumen unverändert bleiben?

Inwiefern profitiert die Wohnraum Niedersachsen GmbH von den Mitteln, die Sie genannt haben? Sie hat schon 300 Mio. Euro bekommen. Planen Sie weitere Förderungen für die Wohnraum Niedersachsen GmbH und, wenn ja, in welcher Höhe?

Minister **Tonne** (MW): Ich hatte Ihnen zur Wohnraum Niedersachsen GmbH dargestellt, dass wir ihr 300 Mio. Euro zur Verfügung stellen und dass diese Summe jetzt zu binden ist. Bisher sind rund 170 Mio. Euro der 300 Mio. Euro gebunden. Jetzt gehen die Arbeiten weiter, um die Bindung der restlichen Mittel herzustellen. Insofern sind über die Zahlen, die ich Ihnen für 2027 und 2028 genannt habe, hinaus derzeit keine weiteren Zuflüsse vorgesehen.

Was Ihre Frage nach der weiteren Förderung des SALCOS-Projekts der Salzgitter AG bzw. zur Wasserstoffwirtschaft, also zu den IPCEI-Projekten, angeht, so ist aktuell die Vergabe von Bundes- und Landesmitteln für die IPCEI-Projekte abgeschlossen. Wir können Ihnen eine Übersicht zur Verfügung stellen, die Auskunft über die großvolumigen Projekte gibt, die gefördert worden sind. Es gibt zum jetzigen Zeitpunkt aber keine weiteren laufenden Förderungen.

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU): Herr Minister, weil Sie gerade die Nachlieferung von Listen angeboten haben. Bitte geben Sie uns eine Übersicht, die uns einen Überblick darüber gibt, inwieweit Mittel aus dem Wirtschaftsförderfonds in IPCEI-Projekten gebunden sind, damit wir dann, wenn die Salzgitter AG in den nächsten Jahren beschließen sollte, ihr IPCEI-Projekt weiter umzusetzen, einen Überblick über alle IPSEI-Projekte haben, die durchgeführt werden. Ich erbitte insofern eine Übersicht, aus der wir nicht nur die neuen Bindungen, sondern auch die alten Bindungen ersehen können.

Ich habe mich aber wegen eines anderen Themas noch einmal gemeldet. Die Messe AG wird gerade in puncto Umwegrendite thematisiert. Es wird intensiv darüber nachgedacht, wie die Messe gestärkt werden kann, Stichwort „Gutachten“ etc. Ist beabsichtigt, in dieser Hinsicht noch

etwas über die technische Liste zu bewegen, sofern Unterstützung erforderlich sein sollte, oder soll die Finanzierung solcher Aktivitäten über die HanBG dargestellt werden?

Minister **Tonne** (MW): Zum Thema Messe finden Sie im Haushalt keinen gesonderten Ansatz - jedenfalls nichts über das hinaus, was in puncto Eigentumsverhältnisse bekannt ist. Je nachdem, was die weitere Entwicklung ergibt, müssen wir prüfen, ob es eine Reaktion erfordert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber ist eine solche Aktivität weder benennbar noch bezifferbar, weil die Frage, wie es mit der Messe weitergeht, ganz entscheidend davon abhängt, in welche Richtung sich das Unternehmen weiterentwickeln soll. Der Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess enthält noch zu viele Unbekannte. Für alles Weitere möchte ich auf eine dann durchzuführende vertrauliche Unterrichtung im Wirtschaftsausschuss verweisen.

Vors. Abg. **Dr. h. c. Björn Thümler** (CDU): Die angeforderte Liste wird auf die Vormerkliste gesetzt.

Einzelberatung

Der **Ausschuss** liest den Einzelplan 04. Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) und Abg. **Jessica Schülke** (AfD) stellen Informationsfragen zu einigen Haushaltspositionen, die von den Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung beantwortet werden. Der Ausschuss setzt mehrere Positionen auf seine Vormerkliste (**Anlage**).

*

Der **Ausschuss** nimmt die Vorlage 333 zur Kenntnis.

***

II/715, 65	Hannover, den 23.09.2026

Vormerkliste
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen
betr. Haushaltsplanentwurf für die Haushaltsjahre 2027 und 2028
152. Sitzung am 23.09.2026

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

Kapitel 0803 - Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr	**Seite 50** **Titelgruppe 66 - Landesmittel zur Kofinanzierung des Deutschlandtickets** **Abg. Jessica Schülke (AfD):** Anzahl der im Jahre 2026 in Niedersachsen verkauften Deutschlandtickets bzw. der Abonnenten.
Kapitel 5081 - Wirtschaftsförderfonds, Gewerblicher Bereich	**Seite 219** **Titelgruppe 75 - Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft** **Titel 892 75-0 - Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen** **Abg. Jessica Schülke (AfD):** Übersicht über die einzelnen bisher mitgeförderten Projekte auf diesem Gebiet (IPCEI) unter Angabe der jeweiligen Mittelbindung. **Abg. Reinhold Hilbers (CDU):** Desgleichen, aber mit besonderer Betonung der Förderung des SALCOS-Projekts der Salzgitter AG.